



Klaus Ernst

Damit es im Land gerecht zugeht.
www.die-linke.de

DIE LINKE.

Für gute und sichere Arbeit statt Niedriglöhne und prekäre Jobs!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei der Bundestagswahl am 27. September entscheiden Sie, wer die Kosten der Krise zahlen muss. Sie entscheiden, ob es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner und die Erwerbslosen sind oder ob die Verursacher der Krise zur Verantwortung gezogen werden. Als Gewerkschafter und als LINKER stehe ich für gute Arbeit und soziale Sicherheit sowie den Ausbau der Mitbestimmung von Beschäftigten und ihren Gewerkschaften im Betrieb.

Lohndumping bekämpfen – für Arbeit, von der man leben kann!

Zum ersten Mal in der BRD sind die Löhne im Aufschwung real gesunken. Durch die Politik von Rot-Grün und Großer Koalition müssen inzwischen 21,5 Prozent der Beschäftigten für einen Niedriglohn arbeiten. Das übt Druck auf alle aus. DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde. Was in 20 Ländern der Europäischen Union normal ist, muss endlich auch bei uns umgesetzt werden.

Prekäre Jobs verhindern – gute Arbeit schaffen!

Seit der Rot-Grünen Regierung haben Leiharbeit, Befristungen und Minijobs dramatisch zugenommen: 40 Prozent der Jüngeren kennen nur noch solche unsicheren Jobs. Damit der nächste Aufschwung nicht wieder ein Boom für prekäre Arbeit wird, müssen Leiharbeit und Befristungen jetzt zurückgedrängt werden. Betriebs- und Personalräte brauchen ein Vetorecht bei der Einführung von Leiharbeit.

Hartz IV abwählen – für soziale Absicherung in der Krise!

Die Angst, nach einem Jahr Erwerbslosigkeit im Hartz-System zu landen, bringt Beschäftigte dazu, schlechte Löhne und miese Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Gerade in der Krise brauchen wir eine längere Zahlung des

Arbeitslosengeldes I – damit die Entlassung nicht zum sozialen Absturz führt. Statt Hartz IV fordert DIE LINKE eine bedarfsdeckende, soziale Mindestsicherung – der Regelsatz für Erwachsene muss auf 500 Euro angehoben werden. Unzumutbare Arbeit, 1-Euro-Jobs und Leistungskürzungen gehören weg.

Gegen die Aushöhlung von Tarifverträgen – für starke Gewerkschaften!

Die Regierungen Schröder und Merkel haben gezielt die Gewerkschaften geschwächt. Ob Anti-Streik-Paragraf oder die Förderung von Leiharbeit und befristeten Jobs – immer ging es darum, die Löhne zu drücken. Um Flächen-tarifverträge und Gewerkschaften zu stärken, muss die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Einhaltung von Tarifverträgen gebunden werden. Das Streikrecht muss auf politische Forderungen, Betriebsverlagerungen und – übernahmen ausgeweitet werden.

Gegen Zockerei im Unternehmen – für echte Mitbestimmung der Beschäftigten!

Als Gewerkschafter und als LINKER will ich die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften wieder stärken. So brauchen wir mehr Mitbestimmung auf unternehmerische Entscheidungen – denn die Kolleginnen und Kollegen verzoeken ihre Betriebe nicht. DIE LINKE fordert eine paritätische Mitbestimmung bereits in Betrieben ab 100 Beschäftigten. Gerade in der Krise sind starke Gewerkschaften ein Bollwerk zum Schutz von Arbeitsplätzen und Löhnen.

Unterstützen Sie DIE LINKE für einen Politikwechsel in Deutschland. Registrieren Sie sich unter www.linksaktiv.de als Unterstützerin oder Unterstützer. Sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen über die Positionen der LINKEN.

Ihr



*Kontakt und V.i.S.d.P.: Klaus Ernst
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 77 03 65
Fax: 030/22 77 64 66
E-Mail: klaus.ernst@bundestag.de
www.klaus-ernst-mdb.de*